

werden angenommen  
in Posen bei der Expedition der  
Zeitung, Wilhelmstraße 17,  
ferner bei G. H. Schlegel, Hof-  
Dr. Gerber u. Breiter-Edel,  
Otto Nischky in Firma  
J. Neumann, Wilhelmstraße 8,  
in Gnesen bei S. Chraplewski,  
in Meseritz bei J. Mathias,  
in Breslau bei J. Jabsch  
u. bei den Inseraten-Annahmestellen  
von G. J. Haude & Co.,  
Janssen & Pögl, Rudolf Mosse  
und „Invalidenbank“.

Verantwortliche Redakteure:

Für den politischen Theil:

E. Jantzen,

Für Feuilleton und Vermischtes:

J. Kerner,

Für den übrigen redaktionellen Theil:

E. Jantzen,

sämmlich in Posen.

Verantwortlich für den

Inseratenthail:

G. Jantzen in Posen.

# Posener Zeitung.

Sechshundneunzigster

Jahrgang.

Nr. 460.

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei  
Male. Das Abonnement beträgt vierteljährlich  
4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz  
Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabe-  
stellen der Zeitung, sowie alle Postämter des  
deutschen Reiches an.

Freitag, 5. Juli.

1889.

Inserate, die sechsgepalte Petitzelle oder deren  
Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten  
Seite 30 Pf., in der Abendausgabe 30 Pf., an bevor-  
zugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expe-  
dition für die Abendausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für  
die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

## Amtliches.

**Berlin, 4. Juli.** Der König hat den Geheimen Regierungs-  
Rath Rathjen zu Schleswig zum Mitgliede des dortigen Bezirks-Aus-  
schusses und zum Stellvertreter des Regierungs-Präsidenten im Vor-  
sitz dieser Behörde mit dem Titel Verwaltungsraths-Direktor und den  
Regierungs-Offizier Johannes in Dies zum Landrath ernannt.

Der König hat dem Vorsteher der Expedition des „Deutschen  
Reichs- und Preussischen Staats-Anzeigers“, Scholz, den Charakter als  
Rechnungs-Rath verliehen.

Bei dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten ist der Bergwerks-  
Direktions-Assistent Franz Lauenroth zum Geheimen expedierenden  
Sekretär und Kalkulator ernannt worden.

Dem Privatdozenten in der juristischen Fakultät der Universität  
Greifswald, Landgerichts-Rath Dr. Rudolf Medem, ist das Prädikat  
„Professor“ beigelegt worden.

Dem Landrath Johannes ist das Landrathsamt im Unterlahnkreise  
übertragen worden.

## Politische Uebersicht.

Posen, 5. Juli.

Die „Post“ kommt heute auf die Gerüchte von dem bevor-  
stehenden Besuche des Zaren in Berlin und einer geplanten  
Zusammenkunft der Kaiser von Oesterreich und Ruß-  
land zurück und stellt dieselben mit den kräftigsten Ausdrücken  
als unrichtig hin. Das offiziöse Blatt konstatirt, daß die gestern  
und vorgestern verbreiteten Gerüchte von dem nahe bevorstehen-  
den Besuche des Zaren und einer geplanten Zusammenkunft der  
Kaiser von Oesterreich und von Rußland vollständig aus  
der Luft gegriffen und nur verbreitet worden sind, um den  
blinden Vertrauensstempel, in den die öffentliche Meinung  
hingetauscht worden ist, noch auf einige Zeit aufrecht zu  
erhalten. Die Verbreitung jener falschen Nachrichten ist im  
wahren Sinne des Wortes und nicht nur, um ein bequemes  
Argument zu gebrauchen, als ein verlogenes Börsenmanöver  
zu bezeichnen. Wenn die „Post“, die ihre Weisheit doch nur  
von einer mit unseren auswärtigen Beziehungen vertrauten Seite  
empfängt, den erwarteten Besuch in so starker Weise dementirt,  
daß sie diesbezügliche Nachrichten als ein „verlogenes Börsen-  
manöver“ bezeichnet, so muß unsere „thurmhohe Freundschaft“  
mit Rußland doch einen kleinen Riß bekommen haben.

Die Maßregelungen der Führer der Bergarbeiter  
in Bessungen sind wieder um einen Fall vermehrt worden,  
der insofern Aufsehen zu erregen geeignet ist, als er einen der  
besten Arbeiter trifft. Der Führer der Deputation der  
Bergarbeiter, Ludwig Schröder, hat, wie wir bereits gestern  
gemeldet, auf der Beche Kaiserstuhl (der Gewerkschaft Bessungen  
gehörig), deren Direktor Hilbert Mitglied der Dortmunder Han-  
delskammer ist, unter Auszahlung seines Lohnes bis zum 15.  
d. M. seine sofortige Entlassung erhalten. Der Direktor hatte  
ihm vorher die Entlassung angedroht, wenn noch einmal eine  
mit den Unterschriften „Bunte, Schröder, Siegel“ versehene  
öffentliche Erklärung erschiene. Eine solche ist darauf als Er-  
widerung auf die Eingabe der Dortmunder Handelskammer den-  
noch erschienen. Selbst wenn man das formelle Recht der Gruben-  
besitzer zu solchen Maßregelungen anerkennt, muß man doch  
über den Haß erstaunt sein, mit dem die sonst so „königs-  
treuen“ nationalliberalen Großindustriellen gerade diejenigen  
Männer verfolgen, von welchen der Kaiser wörtlich erklärt hat,  
daß sie einen guten Eindruck auf ihn gemacht haben.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht heute drei Noten des  
Reichskanzlers an den deutschen Gesandten in Bern,  
in welchen in kategorischer scharfer Weise die aus der „Nordd.  
Allg. Ztg.“ her bekannten Klagen gegen die Schweiz wiederholt  
werden. Wir geben diese Noten nachstehend ihrem Wortlaut  
nach:

„Berlin, den 5. Juni 1889.“

Wir haben seit Jahren darunter zu leiden, daß Anarchisten und  
Verschwörer von der Schweiz aus ihre Unternehmungen gegen den  
inneren Frieden des deutschen Reiches ungehindert ins Werk setzen  
dürften. Die Zentralleitung der deutschen Sozialdemokratie hat ihren  
Sitz in der Schweiz, hält dort ihre Kongresse zur Beratung und  
Vorbereitung ihrer Angriffe gegen uns, entsendet von dort ihre Agen-  
ten und verbreitet von dort aus die dort gedruckten Broschüren zur  
Entzündung des Klassenhasses und zur Vorbereitung des Aufstands  
in Deutschland. Die schwersten anarchistischen Verbrecher, wie Reindorf,  
Rene und Andere, haben ihre politische Ausbildung in der Schweiz  
erhalten und kommen zur Verübung ihrer Mordthaten unmittelbar aus  
der Schweiz nach Deutschland.

Diesem Treiben gegenüber haben die deutschen Regierungen bisher  
in Anerkennung der eidgenössischen Verhältnisse, sich prinzipieller Be-  
schwerden enthalten und sich auf die Beobachtung der gegen sie ge-  
richteten Unternehmungen beschränkt. Sie nahmen an, daß es den  
deutschen Sicherheitsorganen, wie in anderen Ländern, so auch in der  
Schweiz nicht verwehrt sei, zur Abwehr verbrecherischer Unternehmungen  
an Ort und Stelle Erkundigungen einzuziehen und dabei, wenn  
nicht auf die Unterstützung, doch sogar auf Duldung und guten Willen  
der Behörden des betreffenden Nachbarstaats rechnen zu dürfen. Diese  
Annahme hat sich neuerlich als irrtümlich erwiesen. Schweizer Kan-  
tonalbeamte, wie der Polizeihauptmann Fischer in Zürich, haben  
öffentlich die deutschfeindliche revolutionäre Partei gegen uns unter-

stützt. In dem Falle Wohlgegnung ist es dahin gekommen, daß der  
deutsche Beamte, noch bevor er Informationen einziehen konnte, ver-  
haftet und nach zehntägiger verbrecherischer Behandlung aus der  
Schweiz ausgewiesen worden ist.

Dieses Verhalten der Schweizer Behörden steht in Widerspruch  
mit demjenigen, welches unausgesetzt Seitens der kaiserlichen Regie-  
rung gegen die Eidgenossenschaft geübt worden ist. Es zeigt, daß die  
Schweizer Regierung mindestens gleichgültig gegen die Gefahren und  
Schäden ist, mit welchen befreundete und ihre Neutralität schützende  
Mächte durch die von der Schweiz aus und unter Konnivenz von  
Schweizer Behörden gegen sie gerichteten Umtriebe bedroht werden.  
Das Deutsche Reich hat der Schweiz bisher nie etwas Anderes als  
Wohlwollen bezeugt, und die kaiserliche Regierung würde es beklagen,  
wenn sie gezwungen wäre, ihre freundliche Haltung zu ändern. Wenn  
jedoch die Schweiz fernerhin zuläßt, daß von ihrem Gebiete aus die  
deutschen Revolutionäre den inneren Frieden und die Sicherheit des  
deutschen Reichs bedrohen, so wird die kaiserliche Regierung gezwun-  
gen sein, in Gemeinschaft mit den ihr befreundeten Mächten die Frage  
zu prüfen, inwieweit die Schweizer Neutralität mit den Garantien der  
Ordnung und des Friedens vereinbar ist, ohne welche das Wohlbe-  
finden der übrigen europäischen Mächte nicht bestehen kann.

Nachdem wesentliche Theile der Verträge, auf welchen die Neu-  
tralität der Schweiz beruht, durch den Gang der Ereignisse hinfällig  
geworden sind, lassen sich die darin zu Gunsten der Schweiz enthaltenen  
Bestimmungen nur aufrecht erhalten, wenn die Verpflichtungen, welche  
aus ihnen erwachsen sind, auch von der Schweiz erfüllt werden. Dem  
Schutz der Neutralität durch die Mächte steht Seitens der Eidgenossen-  
schaft die Verbindlichkeit gegenüber, nicht zu dulden, daß von der  
Schweiz aus der Frieden und die Sicherheit anderer Mächte bedroht  
werde.

Em. Hochwohlgeboren ersuche ich ergebenst dem Herrn Departement-  
schef der auswärtigen Angelegenheiten diesen Erlaß vorzulegen  
und ihm auf Wunsch eine Abschrift zurückzulassen.

(gez.) von Bismarck.

Sr. Hochwohlgeboren dem kaiserlichen Gesandten,  
Herrn von Bülow, Bern.

„Berlin, den 5. Juni 1889.“

Aus dem Bericht Nr. 59 vom 2. d. Mts. habe ich mit Bedauern  
ersehen, daß der Schweizer Bundesrath auf seinem ungerechtfertigten  
Verhalten beharrt. Wollte ich auf die Note des Herrn Droz vom 31.  
v. Mts. näher eingehen, so würde ich nur schon Gesagtes wiederholen.  
Es wird sich jetzt darum handeln, die von uns in Aussicht genomme-  
nen Maßregeln ins Werk zu setzen.

In der Note des dortigen Herrn Departementsschefs finden sich  
jedoch zwei Punkte, welche der Richtigstellung bedürfen.

Die Auslegung, welche der Schweizer Bundesrath dem Ar-  
tikel 2 des Niederlassungsvertrages vom 27. April 1876 giebt,  
steht mit dem klaren Wortlaut des Vertrages in Widerspruch.  
Nach demselben müssen Deutsche, um in der Schweiz Wohn-  
sitz zu nehmen oder sich dort niederzulassen, unter  
Anderem mit einem Leumundszeugniß versehen sein. Diese Fassung  
wäre unverständlich, wenn die Schweizer Behörden nach ihrem  
Ermeßen von diesem Erforderniß absehen können. Die Erfüllung des-  
selben ist ein Recht, auf welches jeder der vertragschließenden Theile  
bestehen kann. Die kaiserliche Regierung hat diesen Standpunkt nie-  
mals verlassen. Die von Herrn Droz in Bezug genommene und der  
diesseitigen Regierung entsprechende Note Ihres Herrn Amtsvorgängers  
vom 10. Dezember 1880 hat diese Seite des Artikels 2 gar nicht be-  
rührt. Damals handelte es sich um den Umstand, daß einzelne Kan-  
tonalregierungen die Erfüllung der in diesem Artikel aufgestellten Er-  
fordernisse auch von den nur vorübergehend sich in der Schweiz  
aufhaltenden Deutschen, wie reisenden Handwerksburschen, verlangten.  
Der Bundesrath hatte in seinem Kreisreiben vom 13. September  
1880 den Kantonen gegenüber die Auffassung vertreten, daß Art. 2  
des Vertrages auf einen vorübergehenden Aufenthalt nicht be-  
ziehe. Die Note vom 10. Dezember 1889 enthält nur die Anfrage,  
ob der Schweizer Bundesrath seine Meinung in dieser Hinsicht ge-  
ändert habe.

Der dortige Herr Departementsschef hat auswärtigen Angelegen-  
heiten berührt zwar die Frage, daß die kaiserlichen Beamten des Poli-  
zei-Inspektors Wohlgegnung demselben eingehalten werden, giebt aber  
einen Grund für dieses rechtswidrige Verhalten nicht an. Es wider-  
spricht den völkerrechtlichen Grundsätzen, daß nachbarlichen Be-  
ziehungen, daß ohne Einleitung eines strafrechtlichen Verfahrens und  
nachdem sich der Inhaber als Beamter legitimirt hatte, dessen Dienst-  
papiere, welche mit der in Rede stehenden Angelegenheit gar nicht  
zusammenhängen, und auf welche außer dem Beamten dessen vorge-  
setzte Behörde Anspruch hat, ver letzteren vorbehalten werden.

Em. Hochwohlgeboren ersuche ich ergebenst, vorstehenden Erlaß  
Herrn Droz vorzulegen und auf Wunsch Abschrift zurückzulassen.

(gez.) von Bismarck.

Sr. Hochwohlgeboren dem kaiserlichen Gesandten,  
Herrn von Bülow, Bern.

„Bern, den 26. Juni 1889.“

Mit Em. Hochwohlgeboren Schreiben vom 18. d. M. — Nr. 69 —  
habe ich die beiden Noten erhalten, welche Herr Droz unterm 15. und  
17. an Sie gerichtet hat. Nach Inhalt derselben hat der Bundesrath  
sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß die kaiserliche Regierung es  
abgelehnt hat, den Gerng der Wohlgegnung Sache einer neuen  
Prüfung zu unterziehen.

Wir haben dies in der Ueberzeugung gethan, daß keine neue Prü-  
fung an der Thatfache etwas ändern kann, daß ein kaiserlicher Polizei-  
beamter, unter Wissen und Mitwirkung eidgenössischer Beamter, auf  
Schweizer Gebiet gelockt worden ist, um dort eingesperrt zu werden,  
und daß die Schweizer Zentralbehörde sich dieses Verfahrens der Kan-  
tonalbehörden angeeignet hat, indem sie den kaiserlichen Beamten mit  
der Strafe der Ausweisung belegte. Diese Thatfache würde durch keine  
weiteren Ermittlungen aus der Welt geschafft werden. Durch diese Aus-  
weisung hat die Schweizer Zentralbehörde ihren Entschluß bekundet,  
deutschen Beamten, welche Erkundigungen über das Treiben unserer  
deutschen Gegner in der Schweiz einzuziehen den Auftrag haben, nicht  
dieselbe Duldung und Nachsicht zu gewähren, deren die dort befind-  
lichen reichsfeindlichen Deutschen sich in so hohem Maße erfreuen.

Nachdem uns auf diese Weise die Möglichkeit benommen ist, uns  
gegen die in der Schweiz geduldeten deutschen Reichsfeinde und gegen  
deren Umtriebe und Brandschriften durch Beobachtung an Ort und  
Stelle zu schützen, werden wir, wie dies in meinem Schreiben vom  
6. d. M. an Em. Hochwohlgeboren dargelegt worden, genöthigt sein,  
die Kontrolle des feindlichen Treibens auf die deutsche Seite der Grenze  
zu verlegen, obgleich wir uns sagen müssen, daß dies dort nur unvoll-  
ständiger und mit großem Schaden für den friedliebenden Theil der  
Bevölkerung beider Länder durchgeföhrt werden kann.

Die Maßregeln, welche zu diesem Behufe zu treffen sind, werden  
nicht ohne Berührung mit den Bestimmungen des Niederlassungsver-  
trages bleiben können, in Bezug auf welchen die Schweizer Regierung  
über die Tragweite des Artikels 2 mit uns verschiedener Meinung ist.  
Der Wortlaut des Vertrages läßt unseres Erachtens eine solche Mei-  
nungsverschiedenheit nicht zu. Er bestimmt, daß die sich Niederlassenden  
mit gewissen Zeugnissen ihrer Heimathbehörde versehen sein müssen.  
Wenn die Schweizer Auslegung die richtige wäre, wenn jede der beiden  
Regierungen, und namentlich die deutsche, der anderen nur das Recht  
hätte wahrnehmen wollen, diese Zeugnisse zu fordern oder nicht, so würde  
der Text dahin gefaßt worden sein, daß jede der beiden Regierungen  
die fraglichen Zeugnisse fordern kann, daß sie sich das Recht vorbe-  
hält, es zu thun oder zu lassen. Wenn hier das Wort „müssen“ schon  
gewählt ist, so beweist dies, daß wir wenigstens schon  
damals, im Jahre 1876, Werth darauf gelegt haben, gegen die Mög-  
lichkeit gesichert zu werden, daß jeder Deutsche, welcher mit den Be-  
hörden seines Vaterlandes für sich in Anspruch nehmen könne. Die Note  
des Herrn Droz hält diese Auslegung für unzulässig, weil sie mit dem  
Landeshoheitsrecht der vertragschließenden unvereinbar sein würde.  
Ich könnte darauf einfach erwidern, daß jeder internationale Vertrag,  
soweit er überhaupt Pflichten und Rechte gewährt, eine Beeinträchti-  
gung der unbeschränkten Freiheit in Ausübung der Souveränitäts-  
rechte eines jeden der Vertragschließenden enthält. Daß wir in Deutsch-  
land den Artikel 2 des Vertrages vom 27. April 1876 für keine zu  
weitgehende Beeinträchtigung der Landeshoheit halten, geht aus der  
Thatfache hervor, daß im deutschen Reich der Artikel 2 des Vertrages  
seit länger als einem Jahrzehnt im Sinne unserer Auslegung zur  
Ausführung gelangt und wir den Schweizer Unterthanen die Nieder-  
lassung nur gestatten, wenn sie die im Artikel 2 erwähnten Zeugnisse  
ihrer Heimath vorlegen. Wenn diese Praxis mit der Souveränität  
des deutschen Reiches vereinbar ist, so hat für uns natürlich das  
Argument, daß die Schweizer Landeshoheit eine solche Konfession  
nicht gestatten würde, keine überzeugende Kraft. Namentlich da es sich  
nicht, wie Herr Droz sagt, um admission des étrangers allgemein  
handelt, sondern nur um die Art der Behandlung deutscher Unter-  
thanen bei ihrer Zulassung in der Schweiz. Dieselben behalten  
die Eigenschaft deutscher Unterthanen, auch in der Schweiz, und  
es ist nur natürlich, daß vertragschließende Staaten sich über die Be-  
handlung ihrer eigenen Unterthanen im anderen Lande besondere Zu-  
sicherungen in Verträgen ausbedingen. Die Deutschen, welche in der  
Schweiz sich niederlassen, bleiben nichtsdestoweniger deutsche Unter-  
thanen, und zwischen zwei Staaten, welche in dem Grade befreundet  
sind, wie die Schweiz und das deutsche Reich es im Jahre 1876 waren,  
war es erklärlich und gebräuchlich, daß gegenseitige Zusicherungen der  
Unterthanen des andern gegeben wurden. Verträge, wie der Niederlassungs-  
vertrag vom Jahre 1876 find aber durchführbar nur da, wo und nur  
so lange, wie zwischen beiden Theilen das Maß von gegenseitigem  
Wohlwollen besteht, welchem darin Ausdruck gegeben ist. Zu unserem  
Bedauern ist unser Wohlwollen für das Schweizer Nachbarland aber  
zu einem einseitigen geworden, und der Inhalt jener Verträge dürfte  
mit den durch diese Aenderung geschaffenen Verhältnissen nicht mehr in  
Uebereinstimmung sein. Die Schweizer Regierung hat uns bisher  
den Artikel 2 des Vertrages einfach nicht erfüllt, und gerade die-  
se wird eine der Hauptursachen der beklagenswerthen Veränderung  
unserer gegenseitigen Beziehungen zu suchen sein. Hatte die Erfüllung  
dieses Artikels so in kaum anzunehmen, daß bei den deutschen Regie-  
rungen das Bedürfnis fühlbar geworden wäre, ihre in der Schweiz  
niederlassenden Unterthanen und deren Treiben polizeilich zu beobach-  
ten. Durch die Note vom 15. ist die Nichterfüllung des Art. II. zum  
ersten Mal prinzipiell und amtlich konstatirt worden. Wir wären daher  
in der Lage, den Vertrag vom Jahre 1876 wegen amtlicher Ablehnung  
in der Erfüllung von Seiten der Schweiz schon jetzt für hinfällig zu er-  
klären. Aus Rücksicht auf die Folgen für die von dieser unvorherge-  
sehenen Aenderung betroffenen Angehörigen beider Länder ziehen wir  
aber den Weg der im Artikel 11 vorbestimmten Kündigung vor, und  
werden Em. Hochwohlgeboren zu diesem Behufe die nöthigen Ermäch-  
tigungen zugeben.

Wenn ich aus der Note vom 17. die Andeutung entnehme, daß die Schwei-  
zer Regierung sich mit den ihr wünschenswerth erscheinenden Verbesserun-  
gen ihrer internationalen Polizei beschäftigt, so entnehme ich daraus  
die Hoffnung, daß das Ergebnis dieser Bemühungen uns in Zu-  
kunft der Nothwendigkeit überheben werde, unseren Schutz gegen ver-  
brecherische Unternehmungen Deutscher in der Schweiz wohnender  
Sozialdemokraten ausschließlich selbst und diesseits der Grenze zu über-  
nehmen. Wir werden uns freuen, wenn in der Schweiz Einrichtungen  
genommen werden, welche uns das Vertrauen wiedergeben, daß unsere  
innere Sicherheit von dorther nicht stärker als an den übrigen Grenzen  
des deutschen Reichs bedroht ist. Artikel II des Vertrages würde  
dann in der Schweiz mit gleicher Genauigkeit wie in Deutschland  
wenn er in der Schweiz mit gleicher Genauigkeit wie in Deutschland  
bisher gehandhabt worden wäre, schon bisher verpöblich haben, daß dieses  
Vertrauen erschüttert werden konnte, und wir würden den Glauben  
nicht verloren haben, daß das Wohlwollen der Schweizer gegen ihre  
deutschen Nachbarn noch heute dasselbe wäre, wie es bei Abschluß eines  
so intimen Vertrages, wie der von 1876 war, vorausgesetzt wurde.

Herr Droz schließt die Note vom 17. mit dem Verlangen, daß  
wir die Regierung und das Volk der Schweiz nicht für Förderer der  
Revolution und der Anarchie halten sollen. Ich erinnere mich nicht,  
daß wir dem auswärtigen Departement der Eidgenossenschaft einen  
dahingehenden Vorwurf gemacht hätten. Ich zweifle auch nicht an der  
Macht der eidgenössischen Zentralbehörde, die Pflichten internationaler  
Nachbarschaft in dem Sinne des Schlußes der Note zu erfüllen, aber  
ich muß annehmen, daß die bisherige Gesetzgebung der Schweiz der  
Zentralregierung nicht die erforderlichen Mittel gewähre, um die  
Lokalbehörden in einzelnen Kantons zur Beobachtung der Rücksichten

gegen auswärtige Mächte nöthigen zu können, welche zur Erhaltung des guten Einvernehmens zwischen benachbarten Ländern unentbehrlich sind. Zu den dazu erforderlichen Attributen der Zentralgewalt eines Bundesstaates zählen wir namentlich das Recht, jede Polizeibehörde zur Beobachtung der im Namen der Gesamtheit geschlossenen internationalen Verträge anzuhalten. Ohne eine Sicherheit hierfür würden die deutschen Regierungen kein Interesse daran haben, für den jetzt zu kündigenden Niederlassungsvertrag demnächst einen Erlaß anzurufen.

Er. Hochwohlgeborenen erlaube ich, den vorstehenden Erlaß dem Herrn Departements-Chef Droz vorzulesen und ihm, wenn er es wünscht, Abschrift davon zurückzulassen.

(gez.) von Bismarck.

Er. Hochwohlgeborenen dem kaiserlichen Gesandten, Herrn von Bülow, Vern."

Aus den Verhandlungen der Delegationen ist hervorzuheben, daß der Ausschuß der ungarischen Delegation für Aeußeres durch Dr. Falk einen sehr friedfertigen Bericht erstattet hat. Die Auslassungen der ungarischen Delegation pflegen immer etwas schärfer zu lauten als diejenigen der österreichischen Delegation. Man pflegt das dem magyarischen Temperament zu Gute zu halten. Diesmal beilebigen sich die Ungarn einer sehr ruhigen Sprache und geben ihrer Friedensliebe kräftigen Ausdruck. In Petersburg, wo man ja den Delegations-Verhandlungen mit großem Interesse folgt, wird man nicht behaupten können, daß eine kriegslustige und provozirende Sprache geführt worden sei. Dem Grafen Kalnoky spendet der oben erwähnte Bericht reiches Lob; man rühmt an ihm Takt und Geschick, Ruhe und Würde und ist der Ansicht, daß die auswärtige Politik auch künftig unter dieser Leitung gut fahren werde. Bekanntlich ist Graf Kalnoky bisher in der ungarischen Delegation oft angegriffen worden, auch von Leuten, die zur Regierungspartei gehören. Man warf ihm vor, er sei zu nachgiebig gegen Rußland. Jetzt scheint die Ansicht durchgebrungen zu sein, daß Kalnoky's vorsichtige Politik die allein richtige war. Bemerkenswerth ist auch, daß der Ausschuß die groß-serbischen Demonstrationen bei der Kossowo-Fest auf sich beruhen lassen will. In der That kann Oesterreich-Ungarn nichts Besseres thun, als solche Demonstrationen einfach unbeachtet zu lassen.

In Frankreich soll man dieser Tage wieder einmal einen deutschen Spion in flagranti erfaßt haben. Der „Temps“ berichtet darüber die folgende Räubergeschichte:

„Ein unserer Kollegen meldete heute früh, daß ein Individuum deutscher Nationalität in Pantin unter dem Verdacht der Spionage verhaftet und im Besitz kompromittirender Papiere betroffen worden wäre. Nach eingeholten Erkundigungen wurde dieses Individuum in dem Augenblick verhaftet, als es auf Deutsch die Einwohner nach seinem Wege fragte, welche ihn durch Gendarmen auf das Polizeikommissariat bringen ließen. Die angeforderte Untersuchung ergab, daß das Individuum Martin Kohn heißt, 40 Jahre alt, aus Württemberg gebürtig ist und seit einigen Jahren Europa und Asien als Wülfen bereist. Er ist bereits nach Jerusalem, Sourdes u. s. w. gewandert. Bei ihm wurden viele Empfehlungsbriefe französischer, italienischer, schweizerischer Gesandten und ein Notizbuch gefunden, in welchem er seine Reise-Eindrücke verzeichnete.“

Die Notiz ist allerdings sehr dumm und lächerlich; man müßte sich aber wohl hüten, wie es von einem Theil der deutschen Presse und von einem noch größeren Theil des politisirenden deutschen Publikums leider oft genug geschieht, jede solche Dummheit irgend einer französischen Zeitung gleich dem gesammten französischen Volke oder gar der Regierung aufs Kerbholz zu schreiben. Die französischen Zeitungen sind fast ohne Ausnahme noch in weit höherem Maße sensationell als die deutschen und suchen einander darin zu überbieten, Tag für Tag die gewagtesten und manchmal geradezu kindische politische Nachrichten und Kombinationen ihren Lesern aufzuwickeln. So etwas soll aber, wie man sagt, hin und wieder auch diesseits der französischen Grenze vorkommen.

Seit einigen Tagen wird die Nachricht kolportirt, der Papst beabsichtige, im Falle eines Krieges Rom zu verlassen.

## Briefe von der Pariser Weltausstellung.

(Von unserem Spezial-Korrespondenten.)

(Nachdruck verboten.)

Paris, 2. Juli.

### VI.

Meinen letzten Bericht habe ich hinsichtlich der Besuchs-Ziffern, die während der Pfingstwoche zu verzeichnen waren, noch zu ergänzen. Ich hatte Ihnen geschrieben, die Woche würde wahrscheinlich mehr als 1 Million Besucher aufweisen. Heute bin ich in der Lage Ihnen genauere Zahlen zu geben, die für die gewaltige und stetig sich steigende Anziehungskraft der Ausstellung sprechen. Es haben sich allein in der Pfingstwoche 1 120 027 zahlende Besucher eingefunden und zwar am ersten Pfingstfesttag 216 907, am zweiten Pfingstfesttag 353 706, am 11. Juni 140 491, am 12. Juni 107 236, am 13. Juni 116 361, am 14. Juni 100 391, am 15. Juni 84 865. Die großen Ausstellungen von Amsterdam und Antwerpen, 1883 und 1885, die je 6 Monate gedauert, hatten in dieser Zeit zusammen kaum 3 Millionen bewahrende Besucher, bei der hiesigen Ausstellung war die Zahl der Besucher am 15. Juni, also kaum sechs Wochen nach der Eröffnung, auf 4 210 592 gestiegen.

Gestatten Sie mir nunmehr einige allgemeine Worte über die Spezialausstellungen, die ich bisher nur kurz erwähnen konnte.

Die deutsche, neuerdings von den hiesigen Preisrichtern in hohem Grade ausgezeichnete Gemäldeausstellung liegt ziemlich versteckt, sie wird flüchtig auch von Franzosen besucht und man hört über einzelne Gemälde manches anerkennende Wort auch aus französischem Munde. Sie weist indeß nur vereinzelte Namen von bekanntem Range auf, von der künstlerischen Leistungsfähigkeit Deutschlands, die bei der großen Jubiläums-Ausstellung in Berlin so glänzend hervortrat, wird man hier, wo es sich nur um die Ausstellung einer Gruppe von deutschen Künstlern (offizielle Bezeichnung) handelt, nicht mehr eine rechte Vorstellung gewinnen. Eine wesentliche Lücke der Ausstellung ist in den letzten

Bisher ist diese Meldung allgemein mit Zweifel aufgenommen worden. Jetzt läßt sich die „Fels. Ztg.“ aus Madrid telegraphiren:

Die Nachricht, der Papst beabsichtige, eventuell seine Residenz in Spanien zu nehmen, ist vom spanischen Botschafter beim Vatikan offiziell hierher gemeldet worden. Sie wird von der Presse aller Parteien sympathisch aufgenommen, gleichzeitig wird aber konstatirt, daß Spanien niemals dem Papst ein Souveränitätsrecht über ein noch so kleines Gebiet abtreten würde.

Das norwegische Ministerium Sverdrup hat seine Rolle ausgespielt. Am 26. Juni 1884 wurde Johann Sverdrup vom Könige von Schweden-Norwegen mit der Ministerpräsidentschaft beauftragt, nachdem in dem Kampfe, ob die ausschlaggebende Stimme in gesetzgeberischen Fragen der Krone oder dem Parlamente zuzufallen, die Entscheidung zu Ungunsten der ersteren und des in Anklagestand wegen Verfassungsverletzung verurtheilten Ministeriums Selmar ausgefallen war. Schon Anfangs 1887 aber galt Sverdrup seinen Anhängern, weil er die versprochenen Reformen nicht rasch genug durchführen konnte, als „Renegat“. Es folgten wiederholte parlamentarische Niederlagen und mehrere Kollegen Sverdrups traten zurück. Im Herbst 1888 fielen die Storthingswahlen so zu Gunsten der Konservativen aus, daß sowohl die Anhänger Sverdrups als auch die zu ihm in feindlichen Gegensatz gelangte rechte Linke, jede Fraktion für sich, in der verschiedenen Minderheit blieben. Sverdrup hoffte nun die Konservativen und die rechte Linke abwechselnd zu einer Schaulpolitik benutzen zu können. Aber in letzter Zeit beantragte die Rechte ein Misstrauensvotum, dessen Unterstützung durch die Linke nicht zu bezweifeln war. Das Kabinett Sverdrup entschloß sich daher, in corpore seine Entlassung zu nehmen. Ungewiß ist es nun, welche von den koalirten Parteien bei der Nachfolgerschaft Berücksichtigung finden wird, oder ob etwa das Storthing aufgelöst werden wird und Neuwahlen ausgeschrieben werden.

Nach einer dem „D. C.“ aus Tripolis zugehenden Meldung die dortige Amtszettelung einen auch den europäischen Konsuln amtlich mitgetheilten Erlaß des General-Gouverneurs, veröffentlicht, welcher den Sklavenhandel im ganzen Gebiete des Vilajets unterdrückt und die Dazwischenhandelnden mit schweren Strafen bedroht. Die Sklavenmärkte finden hauptsächlich im Sanbchal Fezzan statt, wohin die aus Innerafrika und dem Süden entführten Sklaven gebracht werden; demgemäß wird der General-Gouverneur bei Bekämpfung des Sklavenhandels sein Hauptaugenmerk auf Fezzan zu richten haben.

Ein neuer Mahdi ist aufgetaucht und zwar in Indien. In dem Distrikt Dacca in Bengalen ist ein muslimännischer Fakir aufgetaucht, welcher überall predigt, daß die Herrschaft der Königin Viktoria zu Ende und Mirza Mahdi jetzt Herrscher des Landes ist. Er hat schon Anhänger unter den Muhammedanern gewonnen und sich seitdem aufs Rauben gelegt. Kürzlich plünderte er den Bazar in Narfingbi bei hellem Tageslicht aus. Als die Kunde vor den Richter in Dacca kam, nahm er die Sache sehr leicht und wies den Tannah von Narfingbi an, den Fakir und dessen Anhänger zu verhaften. Der Tannah erklärte aber, dieses sei ihm unmöglich. Darauf hin ist eine starke Polizeibeteiligung nach dem Schauplatz der Ruhestörungen gesandt worden. Der Ausgang ist noch nicht bekannt.

## Deutschland.

\*\*\* Berlin, 4. Juli. Der „Reichsanzeiger“ hat zwar heute Abend nicht weniger als drei Erlasse des Reichskanzlers veröffentlicht, welche sich auf das Verhältniß des Reiches zur Schweiz beziehen; das praktische Ergebnis dieser Auslassungen ist indeß nicht ganz zweifellos. Volle Klarheit würde bestehen, wenn der Erlaß vom 26. Juni mit dem Passus abschloße, welcher die Erklärung enthält, die Reichsregierung werde die Kontrolle des feindlichen Verkehrs auf dem schweizerischen Boden, welche die schweizerische Regierung den deutschen Polizeibehörden nicht gestatten wolle, nunmehr auf die deutsche Seite der Grenze verlegen; obgleich dieses hier nur unvollständig und mit großem Schaden für die friebliebende Bevölkerung beider Länder durchgeführt werden könne. Wäre das das letzte Wort des Reichskanzlers, so würde man demnächst den Maßregeln entgegensehen, welche zur Durchführung dieser Kontrolle, sei es seitens des Reichs oder der Grenzstaaten, Elsaß-Lothringen, Baden, Württemberg, Bayern angeordnet würden. Der Reichskanzler setzt indeß die Erörterung zunächst damit weiter fort, daß er die Nothwendigkeit der Kündigung des deutsch-schweizerischen Niederlassungsvertrags von 1876 motivirt und dem deutschen Gesandten in Bern die darauf bezüglichen Anweisungen antündigt. Da nach der Ansicht des Reichskanzlers schweizerischerseits eine Verletzung dieses Vertrages vorliegt und zwar nicht nur eine zufällige, sondern eine prinzipielle, so wäre, immer nach der Ansicht des Reichskanzlers, die sofortige Aukerkräftigung dieses Vertrages zulässig. Fürst Bismarck will aber Gnade für Recht ergehen lassen und den Vertrag, wie vorgesehen, mit einjähriger Frist kündigen. Bisher ist, soweit bekannt, die Kündigung noch nicht erfolgt. Geschähe dieselbe demnächst, so würde der Vertrag im Sommer 1890 außer Kraft treten. Darnach versteht man nicht, wenn Fürst Bismarck ausführt, daß die Maßregeln zur Kontrollirung der Grenze gegen das Einschmuggeln von Brandschriften u. s. w. — Maßregeln, die doch sofort getroffen werden sollen — nicht ohne Verletzung mit den Bestimmungen des Niederlassungsvertrags bleiben könnten, da, wie gesagt, dieser Niederlassungsvertrag noch ein Jahr in Kraft bleibt. Auch der letzte Theil des Erlasses vom 26. Juni klärt dieses Dunkel nicht auf. Fürst Bismarck nimmt An von den Verbesserungen in der Handhabung der Fremdenpolizei, mit welchen sich die Schweizer Regierung beschäftigt. Bei dem oberflächlichen Lesen dieses Theiles des Erlasses könnte man annehmen, daß der Reichskanzler sagen wolle, in Erwartung der beabsichtigten Verbesserungen werde die Regierung von den angekündigten Repressalien vorläufig Abstand nehmen. In der That aber sagt der Reichskanzler nur, aus den ihm bekannten Absichten der Schweizer Regierung entnehme er die Hoffnung, daß das Ergebnis ihrer Bemühungen das Reich in Zukunft der Nothwendigkeit überheben werde, den Schutz gegen verbrecherische Unternehmungen deutscher, in der Schweiz wohnender Sozialdemokraten ausschließlich selbst und diesseits der Grenze zu übernehmen. Mit anderen Worten: das Reich wird die in dem ersten Theile des Erlasses angekündigten Repressalien demnächst ergreifen und so lange fortsetzen, bis eine seinem Bedürfnisse entsprechende Umgestaltung der Fremdenpolizei in der Schweiz erfolgt ist. Diese strengere Auffassung des Erlasses wird nur dadurch invalidirt, daß der Erlaß vom 26. Juni genau am demselben Tage expedirt wurde, an welchem der schweizerische Nationalrath den Gegengewalt betr. die Einsetzung eines Generalstaatsanwalts einstimmig angenommen hat. Ob dieser Vorgang in der That ein solcher ist, daß die Worte des Fürsten Bismarck „wir werden uns fragen, wenn in der Schweiz Einrichtungen ins Leben treten, welche uns das Vertrauen wiedergeben, daß unsere innere Sicherheit von dort her nicht stärker als an den übrigen Grenzen des Reichs bedroht ist“ auf die Gegenwart passen, das ist eine Frage, welche die anscheinend so ausgiebige Veröffentlichung des „Reichsanz.“ unbeantwortet läßt. Die Kündigung des Niederlassungsvertrags müßte nach den Erlassen des Reichskanzlers unter allen Umständen erfolgen, so lange die Schweiz, wie sie das bisher thut, sich weigert, eine Verpflichtung dahin zu übernehmen, daß sie nur solche Deutsche zum Wohnsitz oder zur Niederlassung zuläßt, welche sich im Besitz der in Artikel 2 des Vertrags bezeichneten Legitimationen befinden. Gleichwohl deutet

Handarbeit stügt, durch die mit Kapitalmitteln betriebene Maschinenarbeit arge Einbuße erlitten hat, — keineswegs ist hier aber beobachtet, daß diese Erfolge der Maschinenarbeit den vollständigen Verfall des kleinen Handwerks zur Folge hatten. Im Gegentheil das kleine Handwerk behauptet heut zu Tage noch in Frankreich weite Erwerbsgebiete; freilich verläßt es sich hier auch mehr auf die eigene Kraft als auf die so problematische Wiedereinführung zünftlerischer Gerechtsame.

Von der gewerblichen Ausstellung gelangt man in den Seitenräumen zu einer recht umfangreichen Ausstellung von Erzeugnissen des Buchdrucks, der Photographie und von Musikinstrumenten. Die letzteren werden leider nur zu häufig in Tätigkeit gesetzt, so daß bei der Verschiedenartigkeit der Instrumente der Aufenthalt hier manchmal geradezu unerträglich wird. Ueberaus anziehend ist die Ausstellung in den Mittelräumen. Hier ist die Geschichte der Arbeit in überaus sinnreicher, wenn auch, wie dies bei den Franzosen nicht anders zu erwarten war, in ziemlich tendenziöser Weise veranschaulicht. Tendenzlos ist diese Veranschaulichung, weil sie den Antheil der Deutschen an der Geschichte der Arbeit und an der Entwicklung des menschlichen Erfindungsgeistes denn doch in allzu beschränkter Weise zur Darstellung bringt. Sinnreich wird diese Abtheilung der Ausstellung u. A. dadurch, daß sie eine Art Vorraum zu der Gruppenausstellung im Hauptgebäude und zu der dahinter liegenden Maschinengallerie bildet. Wenn man die Wanderung in dem Vorraum beginnt, so zeigt sich die menschliche Arbeit in ihren ersten Anfängen, der menschliche Erfindungsgeist in seinen ersten Triumpfen, während in der Gruppenausstellung und in der Maschinengallerie die Arbeit, der Erfindungsgeist sich in ihrer gegenwärtigen Gestalt vorstellen. Im Vorraum ist daher die Nachbildung herrschend, so die getreue Nachbildung unserer Vorfahren in uralter Zeit, wie sie der Eisenbearbeitung obliegen, wie sie das erste Papier anfertigen. Wir sehen ferner die Verlehrsmitel der alten Zeit sowie die ältesten Druckwerke. Da ist das erste Druckwerk von Gutenberg, die erste Dampfmaschine von Stephenson, das erste Telekop von Galilei u. s. w. Weiter

Tagen ausgefüllt: der brasilianische Pavillon, der in glänzender äußerer Ausstattung dicht beim Eiffelturm errichtet ist, ist endlich für das größere Publikum eröffnet. Sein Inhalt macht dem industriellen Können der Brasilianer alle Ehre, wie sich überhaupt die südamerikanischen Ausstellungen durch den großen Reichtum an Kunstprodukten auszeichnen, von denen wir nur hoffen wollen, daß sie auch wirklich aus südamerikanischen und nicht aus Pariser Werkstätten hervorgegangen sind. Gewisse Vorgänge haben dazu geführt, daß man sich in letzter Zeit in Bezug auf die Ursprungszeugnisse der ausgestellten Sachen etwas skeptisch verhält. Ja selbst die fremden Verkäufer haben unter diesem Skeptizismus zu leiden, nachdem sich von einigen, die angeblich aus fernen Welttheilen gekommen waren, herausgestellt, daß ihre Wiege in Batignolles, einem guten Pariser Quartier, gestanden.

Ein lebhaftes Interesse weckt nach den verschiedensten Richtungen hin die sogenannte Ausstellung der freien Künste im linken Flügel des Hauptausstellungsgebäudes. Diese Ausstellung genauer zu studiren, würde allein mehrere Tage fordern, und doch nimmt sie nur einen verhältnißmäßig kleinen Raum des Hauptausstellungsgebäudes ein. Gleich beim Eintritt in diesen Raum wird man durch eine Ausstellung französischer Gewerbeschulen überrascht. Es geht aus dieser Ausstellung klar hervor, mit welcher Sorgsamkeit man in Frankreich darauf Bedacht nimmt, das gewerbliche Schulwesen zu fördern. Ebenso wie bei uns in Deutschland geht man auch in Frankreich vielfach von der Ansicht aus, daß sich neben dem Großbetrieb noch ein gesunder leistungsfähiger Handwerkerstand erhalten kann und daß tüchtige gewerbliche Fortbildungsschulen zu solcher Erhaltung wesentlich beitragen können. Für den deutschen Handwerkerstand muß in diesen Erscheinungen etwas Ermuthigendes liegen. Wie oft wird demselben gepredigt, daß die Gewerbefreiheit unfehlbar den Verfall des Handwerks bedeute und daß nur die Rückkehr zu den alten zünftlerischen Formen diesen Verfall abzuwenden im Stande sei. Nun wohl, in Frankreich ist die Gewerbefreiheit schon viel länger an der Herrschaft als bei uns, es ist ja auch nicht zu verkennen, daß das Handwerk, das sich auf bloße

Handarbeit stügt, durch die mit Kapitalmitteln betriebene Maschinenarbeit arge Einbuße erlitten hat, — keineswegs ist hier aber beobachtet, daß diese Erfolge der Maschinenarbeit den vollständigen Verfall des kleinen Handwerks zur Folge hatten. Im Gegentheil das kleine Handwerk behauptet heut zu Tage noch in Frankreich weite Erwerbsgebiete; freilich verläßt es sich hier auch mehr auf die eigene Kraft als auf die so problematische Wiedereinführung zünftlerischer Gerechtsame.

\* Ein Werk von verdientem Beltruhm ist der briefliche Sprach- und Sprechunterricht der (Original-)Methode Louissant-Langenscheidt; soeben erschienen von diesem ebenso praktischen wie gründlichen und gewissenhaften Unternehmen die engl. Unterrichtsbrieft in 36. Auflage. Im Verlauf dreier Decennien 36 Auflagen — das ist die beste Anerkennung für dieses bewährte Hilfsmittel des neu sprachlichen Unterrichts. Die neue Auflage der Unterrichtsbrieft tritt dem Leser in einem neuen Kleide entgegen; ihre Vervollkommenung kam durch neue Mitarbeiterkräfte, sowie durch Ergänzung mittels der neuesten sprachlichen Erfahrungen zu stande. Einen Beweis dafür, daß wir die erste Lesung der „Brieft“ nicht nur auf ihren guten Ruf hin loben, sondern daß wir sie auch durchgesehen haben, bringen wir in der nach folgenden, in der ersten Lesung gegebenen, „Blütenseife deutscher Spach Einigkeit“: „Es geht ein Sachse zum Durnerfest nach der guten Stadt Breme (Birn), macht dort die Bekanntschaft eines Schwaben, den ihm den besten Wein, den er hat, vorsetzt; ein anwesender Westfale will ein bißchen (bißchen) mitthun und bietet in seiner kräftigen Sprache einen großen guten schinken an, zu dem seitens eines Preußen Arbsen mit Spach und von einem Ostpreußen noch eine Flakische Selt beigefeuert worden. — Ein sich ungentert einladender Berliner langt tüchtig zu und findet alles sehr gut un schön, obwohl keine Zellerthier vorhanden sind. — Endlich, nach beendetem Mahle, schlägt der Sachse vor, unter dem schönen Bahrn vor dem Hause Biaz zu nehmen; der Berliner verb.ßert diese Aussprache in Bohm, zugleich un ein wenig Feier bittend. — Ein sich anschließender Oesterreicher stündt die Gesellschaft sehr ang-nehm, hält aber das Rauchen un-miß-tel-bar noch'm Din-ne (franz. diner, Mittagessen) für un-erhünd — was bei einem hinzutretenden Kaucher aus Frankfurt am Main keinen Glauben findet.“

